

Die Demografisierung der Demokratie: Literaturessay zu "Seniorenendemokratie: Die Überalterung der Gesellschaft und ihre Folgen für die Politik" von Emanuel Richter

Dyk, Silke van

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Dyk, S. v. (2020). Die Demografisierung der Demokratie: Literaturessay zu "Seniorenendemokratie: Die Überalterung der Gesellschaft und ihre Folgen für die Politik" von Emanuel Richter. *Soziopolis: Gesellschaft beobachten*. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-81267-3>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Silke van Dyk | Literaturessay | 18.06.2020

Die Demografisierung der Demokratie

Literaturessay zu "Senioren- demokratie. Die Überalterung der Gesellschaft und ihre Folgen für die Politik" von Emanuel Richter



Emanuel Richter
**Senioren-
demokratie . Die Überalterung
der Gesellschaft und ihre Folgen für die
Politik**

Deutschland
Berlin 2020: Suhrkamp
S. 261, EUR 20,00
ISBN 978-3-518-29901-2

Die aktuellen Entwicklungen in der Corona-Pandemie verleihen dem Suhrkamp-Band *Senioren-
demokratie. Die Überalterung der Gesellschaft und ihre Folgen für die Politik* des
Politikwissenschaftlers Emanuel Richter, erschienen im Frühjahr 2020, zusätzliche
Aktualität und Brisanz: Es geht um das höhere Lebensalter, die alternde Gesellschaft und
die Demokratie, um die Frage, welche Rolle ältere Menschen als politische Subjekte spielen
(können und sollen). Während ältere Menschen, zumal die fitten und gesunden, die sich im
Ruhestand befinden, zuletzt vor allem als produktive Ressource umgarnt wurden,
mutierten sie über Nacht zur kollektiven Risikogruppe, zu Objekten des Schutzes und der
häufig paternalistischen Fürsorge. Und obwohl das höhere Lebensalter als Gegenstand in
den Debatten um geeignete Maßnahmen gegen das Corona-Virus omnipräsent ist, sind die
Stimmen Älterer als politische Subjekte und mündige Bürger*innen derzeit kaum zu hören.
Die Senioren-demokratie könnte also ein Buch der Stunde sein, auch wenn es aus Vor-
Corona-Zeiten stammt. Tatsächlich zeigen aber nicht nur der gesellschaftliche Umgang mit
der Corona-Pandemie, sondern auch die Abhandlung Richters, wie tief verankert negative
Altersstereotype, altersfeindliche Normen und Dystopien der alternden Gesellschaft
weiterhin sind. Aus diesem Grund versteht sich der vorliegende Text nicht primär als
Rezension, sondern nimmt die Monografie Emanuel Richters zum Anlass, das kaum

diskutierte Verhältnis von Alter(n), politischer Partizipation und Demokratie kritisch zu reflektieren.

Richters Argumentation startet mit der Beobachtung, dass zwar die wohlfahrtsstaatlichen Herausforderungen der alternden Gesellschaft in den vergangenen Jahren zunehmend diskutiert worden seien, nicht aber die Folgen, die der demografische Wandel für die Demokratie habe. In diesem Sinne interessiert er sich grundsätzlich für die Frage, wie die Veränderung der Altersstruktur der Gesellschaft die Demokratie beeinflusst. „Eine deutlich gealterte Bürgerschaft kann für die Demokratie zum Fluch oder zum Segen werden.“ (S. 7) – ausgehend von diesem Doppelfokus entfaltet Richter sein Argument, demzufolge unter den richtigen Rahmenbedingungen eine Stärkung der partizipativen Demokratie gelingen kann. Der benannte mögliche Fluch sei dabei ein zweifacher, drohe doch entweder eine Vergreisung der Demokratie, wenn durch die Zunahme politisch passiver Älterer die Partizipation abnehme oder – ganz im Gegenteil – eine Gerontokratie, „eine Herrschaft der Senioren“, in der diese „zahlreiche politische Ämter sowie große Teile des Bürgerengagements an sich reißen und ausschließlich Klientelpolitik betreiben“ (S. 8). Beiden Gefahren sei beizukommen, wenn es gelinge, die Älteren für ein politisches Engagement zum Wohle aller, „durch größere politische Sichtbarkeit für die Bürgerschaft insgesamt“ (S. 9) zu aktivieren, sie also aus der politischen Passivität herauszuholen und zugleich eine altersgruppenspezifische Interessenvertretung einzudämmen.

Zwei Stärken zeichnen das Buch aus: Erstens lenkt Richter den Blick auf das politische Engagement Älterer und damit auf Ältere als handelnde politische Subjekte, die nicht lediglich Adressat*innen wohlfahrtsstaatlicher Seniorenpolitik sind. Die jüngeren Debatten um die Aktivierung des Alters haben, wie er richtig bemerkt, diesen politischen Aspekt vernachlässigt und die Älteren vorzugsweise zur eigenverantwortlichen Prävention angehalten sowie als sozialpolitische Ausfallbürge in Zeiten wohlfahrtsstaatlichen Wandels adressiert. So konstatiert Richter: „Es ist also ein besonderer Typus von ‚active ageing‘ gefragt. Dieses ist demnach nicht als Formel für das Fitnessstraining unter juvenil getrimmten Senioren aufzufassen, sondern als genuin politischer Aufruf zur aktiven Teilhabe.“ (S. 223) Die zweite Stärke liegt darin, dass Richter konsequent die soziale Ungleichheit im höheren Lebensalter mitdenkt und dies, in Bezug auf besonders prekäre und herausfordernde Bedingungen für ältere Migrant*innen und ältere Frauen, auch intersektional ausbuchstabiert. „Ein sozialer Spaltpilz unter den Senioren“ (S. 14) drohe zu einem politischen Spaltpilz zu werden, nämlich dann, wenn die politisch aktiven, gebildeten und gut situierten Senior*innen allein ihre eigenen Interessen verfolgten und die Lebenslagen der weniger privilegierten Älteren (sowie diejenigen anderer

Altersgruppen) aus dem Blick verlören. Zentrale Voraussetzung für die von ihm avisierte partizipative Seniorendemokratie ist eine „massiv erweiterte[n] staatliche[n] Gleichheitspolitik“ (S. 18), um die materiellen Bedingungen randständiger Senior*innen zu verbessern. Damit verbunden ist die wichtige Erkenntnis, dass es mit einem Aufruf zum politischen Engagement allein nicht getan ist, wenn nicht zugleich die sozialen Voraussetzungen für eine effektive Partizipation aller geschaffen werden. Dem Autor geht es nach eigener Aussage um „[a]ktive Senioren aller sozialen Milieus, die sich im Namen aller Altersgruppen in die politischen Abläufe einschalten“. (S. 20)

So weit, so gut – auf den ersten Blick. Auf den zweiten Blick drängen sich eine Reihe kritischer Nachfragen auf: Warum sollte dieser Aufruf zur politischen Aktivität im Namen des Gemeinwohls nur für Senior*innen und nicht für alle erwachsenen Bürger*innen gelten? Warum ist die Rede von „Seniorendemokratie“, wenn doch die Mehrheit der partizipationsberechtigten Erwachsenen keine Senior*innen sind? Warum sollte nicht auch das Engagement für altersgruppenspezifische Anliegen partizipations- und demokratiefördernd sein? Und wenn der altersbezogenen Interessenpolitik das Engagement für das allgemeine Wohl entgegengestellt wird – „Wessen Wohl ist das Gemeinwohl?“¹

Das Bild vom Alter und der alternden Gesellschaft

Das Buch beginnt mit einem negativen Szenario: der Überalterung der Gesellschaft. Es gäbe, so ist zu lesen, „übermäßig viele alte und vergleichsweise zu wenig junge Menschen. Das ausgeglichene Verhältnis zwischen den Generationen ist gestört.“ (S. 10) Während die Alterung der Gesellschaft in Deutschland einen empirischen Fakt darstellt, impliziert die Rede von der „Überalterung“ einen Maßstab, anhand dessen ein Zuviel an Alten gemessen werden könne. Doch ein solcher objektiver Maßstab existiert nicht. Der Autor aber schlussfolgert sogar, dass sich „die Überalterung nicht als Überzeichnung demografischer Entwicklungstrends [erweise], sondern als bevölkerungspolitische Realität“ (S. 39). Das ist sachlich falsch, denn die normative Bewertung der Altersstruktur einer Gesellschaft (Überalterung) ist eben etwas anderes als die empirische Realität der Altersstruktur (Alterung). Natürlich stellt der demografische Wandel die Gesellschaft vor große Herausforderungen, es entstehen neue Bedarfe in der Pflege Hochaltriger, es sind Anpassungen im Gesundheitssystem erforderlich und die Altersstruktur einer Gesellschaft beeinflusst natürlich auch das Rentensystem und die soziale Absicherung des Ruhestands. Wie damit verfahren wird, sind politische (Verteilungs-)Entscheidungen und keine Sachzwänge, die sich aus der Altersverteilung ableiten ließen. Leider findet sich genau

diese politisch und medial allzu bekannte Sachzwangargumentation auch bei Richter: „Gibt es zu viele Alternde, dann entstehen Versorgungsprobleme. Es schwelt ein Generationenkonflikt, der natürlich auch durch die Überalterung angeheizt wird.“ (S. 45) Versorgungsprobleme entstehen durch wohlfahrtsstaatliche Entscheidungen, die die Verknappung von Ressourcen bei steigendem Bedarfen bedingen, nicht aber durch die bloße Anzahl Älterer. Zudem ist keineswegs ausgemacht, dass der demografische Wandel das Verhältnis zwischen den Generationen stört oder dass ein „Generationenkrieg“ droht. Hier wird die reichhaltige interdisziplinäre empirische Altersforschung ignoriert, die bis heute vergeblich nach einem solchen Generationen-Clash gesucht hat. Ebenfalls empirisch nicht gedeckt ist die Behauptung vom „Ende der Familie“ (S. 192) als Ursache für Generationenkonflikte. Die unbestreitbar zunehmenden Trennungen und Scheidungen haben eben nicht zur Erosion der intergenerationellen Familienbeziehungen zwischen Kindern, Eltern und Großeltern geführt, vielmehr wird ein Großteil der intergenerationellen Fürsorge – für Kinder ebenso wie für Ältere – auch heutzutage in Familien erbracht; von der Übertragung von Vermögenswerten ganz abgesehen. Richters Aussage, es gäbe Loyalität in Großgruppen nur noch innerhalb der eigenen Altersgruppe (S. 192 f.), entbehrt jeder empirischen Fundierung.

Nicht nur der analytische Zugriff auf die vermeintlich überalternde Gesellschaft erweist sich als problematisch, auch das „Alter“ als zentrale Bezugskategorie suggeriert eine Eindeutigkeit, die die zentralen Differenzierungen der Alter(n)sforschung vermissen lässt. So werden weder biologisches, chronologisches, soziales und sozialpolitisches Alter unterschieden² noch greift der Autor die zentrale Differenzierung zwischen einem jungen, weitgehend gesunden Alter im Ruhestand (dem sogenannten dritten Alter) und einem vierten, hochaltrigen Alter auf, das stärker durch gesundheitliche Beschwerden, Pflegebedürftigkeit und eine Einschränkung der selbstständigen Lebensführung geprägt ist.³ Stattdessen vertritt er ein pauschales Differenzmodell des Alters, das dieses als natürliche Lebensphase ausweist, die benannten Unterschiede nivelliert und dann ausgerechnet den sozialpolitischen Einschnitt des Ruhestands – der wohlgerne aus medizinischer und geriatrischer Sicht vollkommen unbedeutend ist – heranzieht, um eine „gewissermaßen ‚natürliche[n]‘ Trennung zwischen Jugend, Erwerbsphase und Rentenalter“ (S. 103) zu postulieren. Von der Spezifik des Alterns als lebenslangem Prozess, die ebenjene Einteilung in Altersgruppen so schwierig macht, ist leider nichts zu lesen.

Der problematischen Naturalisierung des Alters ist es auch geschuldet, dass die zunächst instruktive Kritik des Autors an der Konsumkultur des „Jugendkults“, dem kommerzialisierten *Anti-Aging* und der instrumentellen Aktivierung des Alters im

Neoliberalismus eine problematische Schieflage bekommt. Der *Anti-Aging*-Komplex definiert tatsächlich – hier folge ich dem Autor – einen Maßstab, an dem die meisten älteren Menschen nur scheitern können, zumal wenn ihnen die Ressourcen für einen entsprechenden Lebensstil fehlen. Auch hinsichtlich der Kehrseiten einer Aktivierung des Alters, die das Alter als sozialpolitische Entlastungsressource adressiert und einer Wiederverpflichtung des Ruhestands Vorschub leistet, stimme ich dem Autor zu; eine ähnliche Kritik habe ich selbst bereits mehrfach formuliert.⁴ Allerdings wird eine solche Analyse problematisch, sobald sie mit der ‚Natürlichkeit‘ des Alters argumentiert, die durch *Anti-Aging* und Aktivierung torpediert werde, denn diese Perspektive verpflichtet unterschiedslos alle Älteren zu einem angeblich altersangemessenes Leben, das nicht in den Verdacht von Jugendkultur und allzu großer Aktivität gerät. Für Richter gibt es eine eigentliche Realität des Alters, die die komplexe Hervorbringung des „Alters“ als soziale und sozialpolitische Kategorie ausblendet. Die vermeintliche Lebensrealität des Alters beziehungsweise älterer Menschen werde, so seine These, derzeit durch eine gezielte „Manipulation der allgemeinen Wahrnehmung“ und einen „Aufruf zu altersloser Uniformität“ (S. 105) negiert, orchestriert durch einen neoliberalen Staat, der zwecks durchgreifender Ökonomisierung des Lebens das Alter abzuschaffen trachtet.

Abgesehen davon, dass sich weder das *Anti-Aging*- noch das Aktivierungsparadigma je auf die Hochaltrigen bezogen haben und von einer Kultur altersloser Uniformität in Pflegeheimen nicht die Rede sein kann, bleibt auch die kritisierte Aktivierung des Alters in einem wesentlichen Punkt unverstanden. Auf die als soziale Ressource adressierten jungen Alten wird gerade nicht als alterslose Subjekte Bezug genommen, denn die ihnen attestierten Positivstereotype (Erfahrung, Gewissenhaftigkeit, Loyalität, Ausgeglichenheit) unterscheiden sich deutlich von jenen der mittleren Lebensjahre (Kreativität, Flexibilität, Schnelligkeit, Risikobereitschaft).⁵ Das Lob entspricht einer Aufwertungsrhetorik, vergleichbar mit der „Position moralischer Überlegenheit, der Unschuld und der größeren Nähe zur Natur“⁶ – angeblich unverdorben von der kapitalistischen Leistungsgesellschaft –, wie sie historisch dem weiblichen Geschlecht zugeschrieben wurde, um damit die Ausbeutung der unbezahlten Arbeit dieser ‚Anderen‘ als „Liebesdienst“⁷ zu legitimieren. Auch die jungen Alten als „Retter des Sozialen“⁸ bleiben die ‚Anderen‘ – und wie schnell die so Aufgewerteten wieder dem Pool der defizitbehafteten Älteren zugerechnet werden, sehen wir derzeit in der Corona-Krise.⁹

Das Alter und das politische Engagement in der Demokratie

Die Ausgangsbeobachtung des Buches, dass das politische Engagement Älterer in der

Aktivierungspolitik des Alters eine Leerstelle geblieben ist, lässt eine systematische Abgrenzung erwarten, welche Aktivitäten Älterer als genuin politisch betrachtet werden. Es gibt unbestreitbar fließende Übergänge vom sozialen, ehrenamtlichen zum politischen Engagement, insbesondere dort, wo es um organisierte Bereiche der Selbsthilfe geht, in denen häufig auch eine Kritik an (nicht-)bestehenden Versorgungsstrukturen formuliert wird. Diesbezüglich ist es gewinnbringend, dass der Autor ausführlich die Seniorenselbsthilfe in Form von Seniorenbüros und -genossenschaften beschreibt, die vielen Leser*innen bis dato sicherlich unbekannt war. Wichtig wäre allerdings eine Differenzierung der Aktivitäten entlang ihrer mehr oder weniger großen Teilhabeoptionen gewesen, um nicht klassische Formen der solidarischen Alltagsunterstützung ohne weitergehenden gesellschaftlichen Gestaltungsanspruch – wie zum Beispiel die Nachbarschaftshilfe – als politische Aktivität zu verstehen. Mit dieser Unschärfe verspielt der Autor das Potenzial, vergleichend diskutieren zu können, welche Tätigkeiten und Aktivitäten politisch und medial angereizt bis eingefordert werden – und welche gerade nicht. Nicht zufällig spielen der selbstbestimmte Protest in der Klimabewegung oder der eigensinnige Einsatz gegen die Abschiebung Geflüchteter in der ressourcenorientierten Aktivierung seitens der Politik eine Nebenrolle gegenüber dem Engagement in der Pflege oder dem faktischen Kita-Ersatz für die Enkelkinder.

Zudem erweist es sich als problematisch, dass die biografische Dimension und die Prozessperspektive des Alterns keine systematische Berücksichtigung finden, obwohl politische Einstellungen und Prioritäten eine starke biografische Kontinuität aufweisen und nicht plötzlich mit dem Eintreten in den Ruhestand für eine altersbezogene Interessenpolitik aufgegeben werden: Ein liberaler Sozialstaatskritiker wird nicht plötzlich zum Verfechter höherer Renten werden, stramm rechte Senior*innen werden Anspruchsgruppen nicht nach Generationen, sondern nach rassistischen und staatsbürgerlichen Kriterien vermessen und die umweltbewegte Seniorin wird sich womöglich (weiterhin) gar nicht für die soziale Frage interessieren. Abgesehen davon wissen wir aus Interviews, dass viele Ältere sich mehr um die soziale und ökonomische Zukunft ihrer Enkel(-generation) sorgen als um ihre eigene.¹⁰ Hinzu kommt, dass viele der als Ältere Adressierten, sich selber nicht (primär) als alt oder älter definieren, sodass auch die Annahme, das Alter würde – quasi über Nacht – zur zentralen Bezugskategorie für die Verfolgung von Interessen, jeglicher empirischen Evidenz entbehrt. Natürlich hat es zeitweilig in verschiedenen Ländern die Altenpartei der Grauen Panther gegeben, sie ist aber stets eine Splitterpartei geblieben; an keinem Ort der Welt ist eine starke soziale Bewegung entstanden, die den historischen Beispielen der Frauen-, Bürgerrechts- oder Schwulen- und Lesbenbewegung entsprechen würde. Es zeigt sich vielmehr ein Muster, das

die britischen Gerontologen Chris Gilleards und Pauls Higgs „Resisting age rather than ageism“¹¹ genannt haben: Viele versuchen, sich individuell der Alterszuschreibung zu entziehen statt die Diskriminierung des höheren Lebensalters politisch zu problematisieren und gemeinsam zu bekämpfen. Die von Richter benannten Beispiele wie die Besetzung einer von Schließung bedrohten Seniorenbegegnungsstätte in Berlin-Pankow durch Senior*innen (S. 144) sind seltene, gleichwohl viel rezipierte Ausnahmen.

Vor allem aber bleibt unklar, warum die Gretchenfrage der Demokratie – die Ermöglichung der gleichberechtigten Partizipation aller – ausgerechnet altersspezifisch formuliert und diskutiert werden sollte. Emanuel Richter ist zuzustimmen, wenn er problematisiert, dass der „soziale Spaltpilz“ im Alter zu einem politischen Spaltpilz werde, wenn die weniger gebildeten und ressourcenstarken Älteren kaum oder gar nicht an Prozessen der politischen Willensbildung und Interessenartikulation beteiligt sind. Allein: Das gilt für alle Altersgruppen! Die soziale Selektivität der Demokratie ist empirisch hervorragend belegt. Die zu Recht problematisierte Verdrängung eines „Rentnerprekariats“ (S. 8) aus der politischen Sphäre gilt für prekär lebende Menschen aller Altersgruppen, es ist also nicht nur „die Demokratiefähigkeit der Senioren [...] an ein Mindestmaß an sozialer Gleichheit und Integration gebunden“ (S. 78), sondern die Demokratiefähigkeit aller Bürger*innen.

Die Altersspezifik von Richters Argument entpuppt sich spätestens dann als hochgradig altersfeindlich und -diskriminierend, wenn das Schreckensszenario gut situierter älterer „Wutbürger“ bemüht wird, die zu Lasten aller anderen und mit allen Mitteln ihre Interessen durchsetzen würden. Abgesehen davon, dass die dem zugrundeliegende Einmütigkeit der Interessen empirisch nicht existiert, wird weder der abwertende Topos des „Wutbürgers“ begründet noch an negativen Altersstereotypen gespart: Die privilegierteren Senior*innen werden als „egozentrische[n] Verfechter[n] von Altersprivilegien“ (S. 77) bezeichnet, deren „strotzendes Selbstbewusstsein [...] leicht in aufmüpfiges Wutbürgerverhalten umschlagen kann“ (S. 187). Weiter ist die Rede von einer von „altersstarrten Senioren beherrschten Laienpolitik, bei der die politischen Amtsträger und die jüngeren Generationen das Nachsehen haben“ (S. 187), ebenso wie von den „zur Bevormundung neigenden Senioren, die ihren neuen Lebensinhalt darin erkennen, sich vehement für die eigenen Belange einzusetzen“ (S. 189). Die Attribuierungen werfen eine Reihe von Fragen auf: Warum wird von „Altersprivilegien“ gesprochen, wenn es doch eigentlich um die Klassenlage Älterer geht? Warum sollen alle privilegierten Älteren „Wutbürger“ sein? Und auf welcher empirischen Grundlage fußt die Behauptung, sie würden ausschließlich egozentrisch agieren? Die von mir gemeinsam mit Stephan Lessenich, Tina Denninger und Anna Richter durchgeführte Studie *Leben im Ruhestand* hat

– um nur ein Beispiel zu nennen – ganz im Gegenteil gezeigt, dass sich gerade viele der gut situierten Älteren ihrer Privilegien sehr bewusst sind und daraus den Schluss ziehen, der Gesellschaft durch ihr Engagement etwas zurückgeben zu wollen.¹²

Neben der bereits empirisch nicht verbürgten Behauptung einer dominanten Altersinteressenpolitik, operiert Richter mit einer problematischen Dichotomie: ein als negativ bewertetes partikularistisches, klientelistisches, interessengeleitetes politisches Handeln wird dem positiv verstandenen gemeinwohlorientierten, politischen Engagement für die gesamte Bürgerschaft – also für alle Altersgruppen – gegenübergestellt. Es sei „kritisch anzumerken, dass bei jeglichem Engagement der Senioren nach wie vor die spezifischen Probleme der eigenen Altersgruppe im Vordergrund stehen. Das wirft im Hinblick auf die Bedürfnisse und Interessen anderer Altersgruppen skeptische Nachfragen auf: Stellt die wachsende politische Sichtbarkeit der Senioren eine Bereicherung für eine generationenübergreifende partizipative Stärkung der gesamten Bürgerschaft dar, oder treten die Senioren nur als Repräsentanten ihrer Altersgruppe in Erscheinung, die effizienter denn je die verbesserte Behandlung ihrer gruppenspezifischen Belange einfordern und damit den Neid und Zorn anderer Altersgruppen auf sich ziehen?“ (S. 185 f.)

Nur nebenbei sei gefragt, warum Alten- und Pflegeheime eigentlich derart schlecht ausgestattet sind, wenn es doch eine so schlagkräftige Organisation der Interessen Älterer gibt. Vor allem aber ist Richters Leitdifferenz von partikularer Interessenpolitik einerseits und gemeinwohlorientierter Politik für die gesamte Bürgerschaft andererseits in demokratie- und bewegungstheoretischen Diskussionen umfangreich debattiert worden, ohne dass diese Debatten von ihm rezipiert würden. So hat Claus Offe pointiert die Frage aufgeworfen „Wessen Wohl ist das Gemeinwohl?“¹³ und historisch ist hervorragend nachzuweisen, dass es stets (auch) eine Frage von Macht und Herrschaft war, über „das Allgemeine“ bestimmen zu können. Als die Gründungsväter der Vereinigten Staaten in der Unabhängigkeitserklärung betonten, dass alle Menschen gleich geschaffen seien, zählten Frauen und Schwarze ganz selbstverständlich nicht zu diesen Menschen. Historisch haben gerade soziale Bewegungen, die nach den Kriterien Richters als partikularistisch zu kritisieren wären, aufgezeigt, dass das vermeintliche Gemeinwohl häufig die Verallgemeinerung mächtiger Partikularinteressen vor allem weißer Männer war und teilweise immer noch ist. Das bedeutet im Umkehrschluss selbstverständlich nicht, dass es keine problematische Klientelpolitik gibt. Es zeigt – auf das höhere Lebensalter übertragen – aber auf, dass auch eine altersgruppenspezifische Intervention einem „rebellischen Universalismus“¹⁴ zu entspringen vermag, nämlich dann, wenn es darum geht, die vermeintliche Alterslosigkeit des Gemeinwohls kritisch herauszufordern und aufzuzeigen,

dass eine echte Demokratie den Bedürfnissen aller Altersgruppen zu genügen hat. Eine solche Politik bedeutet deshalb gerade nicht, „dass sich eine gesellschaftlich abgesonderte Gruppe mit ihren spezifischen Problemen beschäftigt, sondern dass aus einer marginalisierten Perspektive Missstände aufgezeigt werden, die mitten ins Herz der Gesellschaft führen“.¹⁵ Die Entgegensetzung „Herrschaft der Senioren versus Solidarische Bürgerbeteiligung“ (S. 186) blendet genau diese Alternative emanzipatorischer Politik aus. Der politische Einsatz für eine (auch) senioren gerechte Gesellschaft ist im besten Fall schlicht ein Engagement für eine menschlichere Gesellschaft – und damit gerade nicht partikularistisch. Zwar wird am Ende des Buches eine Interessenvertretung Älterer dann als legitim anerkannt, wenn und solange sie eingebettet ist in eine Politik für die gesamte Bürger*innenschaft. Damit herrscht jedoch ein extrem hoher Anspruch an politisch aktive Ältere, nach dem sie idealerweise „als demokratische Fürsprecher anderer gesellschaftlicher Gruppen in Erscheinung treten“ (S. 223) sollen. Richter rät ihnen weiterhin, allein deshalb mit der Verfolgung ihrer Interessen zurückhaltend zu sein, um die Ausbreitung einer „Gerontophobie“ (S. 224), getragen vom „Neid und Zorn anderer Altersgruppen“ (S. 186), zu vermeiden. Hier findet eine ebenso radikale wie kritikwürdige Umkehrung von Ursache und Wirkung statt, wird die Verantwortung für die Ablehnung und Diskriminierung des Alters doch den Älteren selbst und ihrem (vermeintlichen) politischen Agieren zugeschrieben. Wehe den Älteren, die die scheinbar alterslose Allgemeinheit mit ihren Anliegen und Interessen provozieren...

„Demokratie statt Demenz“ – Perspektiven einer *Senioren*demokratie

Im Ausgangsimpuls des Buches, ältere Menschen als politische Subjekte ernst zu nehmen, liegt das Potenzial, die bislang ausgeprägt instrumentelle Indienstnahme des höheren Lebensalters zu überwinden oder zumindest zu thematisieren und damit die Partizipation älterer Menschen zu stärken. Mit dem zugespitzten Slogan „Demokratie statt Demenz“ geht Richter aber einen gänzlich anderen Weg. Bereits das Aktivierungsparadigma ist gekennzeichnet durch eine Individualisierung der (Gesundheits-)Verantwortung bei gleichzeitiger Responsibilisierung Älterer für das so benannte Gemeinwohl. Obwohl er selbiges kritisiert, überträgt Richter genau diesen Aspekt nun auch auf die politische Aktivität. „Für die Senioren eröffnet sich so eine gesundheitsfördernde Handlungsperspektive mit gemeinnütziger Wirkung: die politische Betätigung. Die markant zugespitzte Devise lautet: Demokratie statt Demenz – bürgerschaftliches Engagement und eifrige politische Mitsprache statt Ausgrenzung aus den sozialen Lebenszusammenhängen oder Isolation mit der Folge gesundheitlicher Beeinträchtigung und pflegeintensiver Abhängigkeit. Das politische Engagement der Senioren kann also zur therapeutischen

Maßnahme gegen soziale Ausgrenzung und gegen die eigene Hinfälligkeit werden.“ (S. 226) Abgesehen von dem grotesk anmutenden Präventionsversprechen, das – auch wenn man die polemische Zuspitzung in Rechnung stellt – suggeriert, politische Aktivität sei ein veritables Mittel gegen Alzheimer, scheint auch hier ein zutiefst negatives Altersbild auf. Eine gute Gesellschaft ist eine demenzfreie Gesellschaft – so die implizite Aussage. Dabei wird nicht in Betracht gezogen, dass eine gute Gesellschaft auch eine Gesellschaft sein könnte, in der es starke Stimmen von und für demenzkranke Personen gibt sowie Formate der politischen Partizipation, die es dementen Menschen vor allem im frühen und mittleren Stadium ermöglichen, sich zu informieren, mitzusprechen und mitzugestalten. In dem zitierten Auszug wird vielmehr deutlich, worum es beim politischen Engagement Älterer gerade *nicht* gehen soll: um die Bekämpfung von Ausgrenzung und Diskriminierung. Der Autor empfiehlt das Engagement stattdessen als „therapeutische[n] Maßnahme gegen soziale Ausgrenzung“ (ebd.), die damit ihrerseits als gesellschaftliches Phänomen entproblematisiert und der persönlichen Bewältigung durch die Älteren überantwortet wird.

Obwohl Richter mit seinem Entwurf einer Seniorendemokratie eine positive Perspektive verspricht und eine Stärkung der partizipativen Demokratie in Aussicht stellt, ist das Buch doch in erster Linie Klage über die aus dem Altersgleichgewicht geratene Gesellschaft und die Gefahren, die von älteren „Wutbürger*innen“ ausgehen. Die Älteren stehen als politische Subjekte unter einem negativen Grundverdacht und sind vornehmlich in der Pflicht, sich durch politisches Engagement gesund zu halten, ihre eigene Ausgrenzung therapeutisch zu bearbeiten und zurückhaltend zum Wohle aller zu agieren, um keinen (unnötigen) Anlass für Gerontophobie zu liefern. Sie sollen Übermenschliches leisten, um der sogenannten Überalterung ihren Schrecken zu nehmen. Simone de Beauvoir hat diesbezüglich zu Recht auf die genuine Altersfeindlichkeit hingewiesen, die in bestimmten positiv konnotierten Erwartungen an das Alter mitschwingt: „Wenn die Alten die gleichen Wünsche, die gleichen Gefühle, die gleichen Rechtsforderungen wie in der Jugend bekunden, schockieren sie [...]. Sie müssen ein Beispiel für alle Tugenden geben. [...] Weichen sie von dem erhabenen Bild ab, das man ihnen aufnötigt, nämlich dem des Weisen mit einem Heiligenschein weißer Haare, reich an Erfahrung und verehrungswürdig, hoch über dem menschlichen Alltag stehend – so fallen sie tief darunter.“¹⁶ Und so sind für Richter diejenigen Älteren, die nicht erhaben und selbstlos vor allem das Wohl aller anderen im Blick haben, neue (alte) Wutbürger*innen.

Es gibt in der Tat wütende Ältere, starrsinnige Ältere, egoistische Ältere und auch solche, die nur den eigenen Vorteil kennen. So wie es Wütende, Starrsinnige und Egoistische in

jeder Generation gibt. Und ja, die soziale Frage hat das Potenzial zum Spaltpilz der Demokratie zu werden, beziehungsweise ist sie dies längst. Doch auch das ist kein Spezifikum des höheren Lebensalters. In diesem Sinne leben wir auch nicht in einer Seniorendemokratie. Genauso wenig, wie wir in einer Frauendemokratie, einer Mittelalte-Menschen-Demokratie oder einer Vegetarierdemokratie (im Übrigen auch eine stetig wachsende Gruppe) leben. Wir leben in *einer* Demokratie. Und diese gilt es in Zeiten multipler Krisen und Herausforderungen radikal zu demokratisieren – in Zeiten des Klimawandels und der erstarkenden extremen Rechten, des Wandels der Geschlechterverhältnisse, der rasant zunehmenden sozialen Ungleichheit und – natürlich auch – der gesellschaftlichen Alterung. Eine solche Demokratisierung wird nur gelingen, wenn politische und soziale Gleichheit konsequent zusammengedacht werden. Durch den Abbau von Einkommens- und Vermögensungleichheit, die Restrukturierung der Eigentumsverhältnisse, die (Re-)Etablierung einer öffentlichen Daseinsvorsorge und die Reform der Alterssicherung, die zunehmend Altersarmut produziert, müssen die Voraussetzungen für die politische Partizipation und den politischen Protest aller geschaffen werden, sodass Teilhabe und Mitsprache nicht weiterhin ein Klassenprivileg darstellen. Und die demokratisierte Demokratie wird eine Demokratie *mit* Demenz sein; eine Demokratie, die neue partizipative Formate ersinnt und die anerkennt, dass ihr alleiniger Maßstab nicht der gesunde Mensch im mittleren oder späteren Erwachsenenleben sein kann.

Endnoten

1. Claus Offe, Wessen Wohl ist das Gemeinwohl? ²⁰⁰¹ in: ders., Institutionen, Normen, Bürgertugenden, Wiesbaden 2019, S. 341–366.
2. Silke van Dyk, Soziologie des Alters, Bielefeld 2015, S. 11 ff.
3. Peter Laslett, Das dritte Alter. Historische Soziologie des Alterns, übers. und mit einer Einl. von Axel Flüge, Weinheim/München 1995.
4. Vgl. bspw. Silke van Dyk, The Decline of ‘Late Freedom’? Work, Retirement and Activation – Comparative Insights from Germany and the USA, in: Simone Scherger (Hg.), Paid Work beyond Pension Age. Comparative Perspectives, Basingstoke 2015, S. 278–297.
5. Amy J. C. Cuddy / Michael I. Norton / Susan T. Fiske, This Old Stereotype. The Pervasiveness and Persistence of the Elderly Stereotype, in: Journal of Social Issues 61 (2005), 2, S. 267–285; Tina Denninger / Silke van Dyk / Stephan Lessenich / Anna Richter, Leben im Ruhestand. Zur Neuverhandlung des Alters in der Aktivgesellschaft, Bielefeld 2014, S. 194 ff.
6. Donna Haraway, Die Neuerfindung der Natur. Primaten, Cyborgs und Frauen, hrsg. und eingel. von Carmen Hammer / Immanuel Stieess, übers. von Dagmar Fink, Frankfurt am Main / New York 1995, S. 66.
7. Cornelia Klinger, Leibdienst – Liebesdienst – Dienstleistung, in: Klaus Dörre / Dieter Sauer / Volker Wittke (Hg.), Kapitalismustheorie und Arbeit. Neue Ansätze soziologischer Kritik, Frankfurt am Main / New York 2012, S. 258–273.
8. Kirsten Aner / Fred Karl / Leopold Rosenmayr, „Die neuen Alten – Retter des Sozialen?“ Anlass und Wandel gesellschaftlicher und gerontologischer Diskurse, in: dies. (Hg.), Die neuen Alten. Retter des Sozialen? Wiesbaden 2007, S. 13–38.
9. Silke van Dyk / Stefanie Graefe / Tine Haubner, Das Überleben der ‚Anderen‘. Alter in der Pandemie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 65 (2020), 5, S. 33–36.
10. Denninger / van Dyk / Lessenich / Richter, Leben im Ruhestand, S. 283.

11. Chris Gilleard / Paul Higgs, *Cultures of Ageing. Self, Citizen and the Body*, Harlow u.a. 2000, S. 71.
12. Denninger / van Dyk / Lessenich / Richter, *Leben im Ruhestand*, S. 298.
13. Offe, *Wessen Wohl ist das Gemeinwohl?*
14. Silke van Dyk, *Identitätspolitik gegen ihre Kritik gelesen. Für einen rebellischen Universalismus*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 69 (2019), 9–11, S. 25–32.
15. Patricia Putschert, *Es gibt kein Jenseits der Identitätspolitik. Lernen vom Combahe River Collective*, in: *Widerspruch* 36 (2017), 69, S. 15–24, hier S. 20.
16. Simone de Beauvoir, *Das Alter*, übers. von Ruth Henry und Anjuta Aigner-Dünnwald, Hamburg 1972, S. 7.

Silke van Dyk

Prof. Dr. Silke van Dyk lehrt Politische Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Ihre Arbeitsschwerpunkte umfassen die Soziologie der Sozialpolitik und des Wohlfahrtsstaats, die Soziologie des Alters und der Demografie sowie die Politische Soziologie.

Dieser Beitrag wurde redaktionell betreut von Wibke Liebhart.

Artikel auf soziopolis.de:

<https://www.sozopolis.de/die-demografisierung-der-demokratie.html>